Dr. Andreas Rademachers
Leiter Politik + Strategie

T +49 176 6050 1972
andreas.rademachers@bga.de

vermerk

Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD

11. März 2025

Wirtschaft

Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, Halbierung der Netzentgelte und Einsatz von Reservekraftwerken zur Preisstabilität	**Bewertung:** Guter erster Schritt, der wieder Annäherung an den europäischen Preisdurchschnitt bringt.
Leitmärkte für klimaneutrale Produkte, auch mit vergaberechtlichen Vorgaben	**Bewertung:** Vergaberechtliche Vorgaben (z. B. bei grünem Stahl) führen zu bürokratischen Mehraufwand und höheren Kosten.
Interesse, strategisch wichtige Branchen in Deutschland zu halten bzw. anzusiedeln (Halbleiter, Batterien etc.)	**Bewertung:** Überfälliger Schritt, sollte aber eingebunden sein in allgemeine Standortfragen und nicht nur durch Subventionen erreicht werden.
Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten u. a. Abwehr von Strafzahlungen aufgrund von Flottengrenzwerten, Kaufanreize für E-Mobilität	**Bewertung:** Positiv zu bewerten. Kaufanreize für E-Mobilität können den Hochlauf der alternativen Antriebe unterstützen, werden aber bei Weitem nicht ausreichen.
Sondervermögen für den Verkehrsbereich	**Bewertung:** Positiv, Investitionen müssen an der richtigen Stelle eingesetzt werden.
Spürbare Anreize für unternehmerische Investitionen, Einstieg in Unternehmenssteuerreform	**Bewertung:** Langjährige BGA-Forderung, kommt auf konkrete Ausgestaltung an.
Investitionsfonds mit öffentlichen Garantien	**Bewertung:** Kommt auf konkrete Ausgestaltung an, grundsätzlich interessanter Versuch.
Reduzierung der Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7 Prozent	**Bewertung:** Hilft auch dem Cash&Carry-Sektor.
Abbau von Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten, Reduzierung der Betriebsbeauftragten, Senkung der Bürokratiekosten um 25 Prozent bis 2029	**Bewertung:** Langjährige BGA-Forderung, bleibt allerdings noch sehr unkonkret.

Flächendeckend digitale Behördengänge, vernetzte Datenregister und automatisierte Verwaltungsprozesse, digitales Bürgerkonto	**Bewertung:** Grundsätzlich positiv, vor allem die Digitalisierung der Register. Digitale Behördengänge müssen auf Unternehmen ausgedehnt werden.
Bauverfahren sollen beschleunigt werden und Standards vereinfacht werden, Mietpreisbremse wird verlängert	**Bewertung:** Verfahrensbeschleunigungen und Vereinfachungen positiv, die Mietpreisbremse hemmt allerdings Investitionen.
Beschluss über offene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, Inkrafttreten Mercosur und neue Freihandelsabkommen (u. a. USA)	**Bewertung:** Entspricht den BGA-Forderungen, ist aber nicht konkret, v. a. hinsichtlich handelsfremder Inhalte.
Bekenntnis, die deutsche Industrie vor unfairen Handels- und Subventionspraktiken zu schützen.	**Bewertung:** Die EU verfügt bereits über ausreichend handelspolitische Schutzinstrumente, um wirksam Wettbewerbsverzerrungen ohne Abschottung zu begegnen.

Es fehlen Aussagen zu vielen Politikbereichen. Unter anderem ist es unverständlich, dass keinerlei Vorhaben skizziert werden, die auf EU-Ebene adressiert werden. Obwohl die Wahlprogramme hier in weiten Teilen deckungsgleich waren, verliert das Sondierungspapier kein Wort zu Schieneninfrastruktur, Schifffahrt und Luftverkehr und zum Ausbau der Ladeinfrastruktur. Allerdings sieht das geplante Sondervermögen Mittel hierfür vor. Auch fehlen Vorhaben zur Außen- und Außenwirtschaftspolitik, obwohl die Exportwirtschaft volkswirtschaftlich maßgeblich ist.

Arbeit und Soziales

Neue Grundsicherung mit Sanktionsmaßnahmen bis zur Streichung von Leistungen	**Bewertung:** Das weist in die richtige Richtung, die Umsetzung in der Praxis bleibt abzuwarten.
Mindestlohn von 15 Euro ab 2026 u. a. durch Berücksichtigung von 60 Prozent des Medianeinkommens	**Bewertung:** Negativ. Er greift in bestehende Tarifentgelte ein und beschädigt die Tarifautonomie; er entkoppelt Entgelte von der Produktivität und führt zu Beschäftigungsabbau in betroffenen Bereichen.
Beschluss eines Bundestariftreuegesetzes	**Bewertung:** Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird schwieriger und teurer. Es ist

	weder bei regionalen Tarifverträgen noch unionsrechtlich umsetzbar.
Prüfung gesetzlicher Schritte zur Lohngleichheit	**Bewertung:** Unterschiede müssen an ihren Ursachen bekämpft werden. Die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie muss möglichst bürokratiearm und mit Respekt vor der Tarifautonomie umgesetzt werden.
Wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit	**Bewertung:** Das entspricht der BGA-Forderung. Die Flexibilisierung muss für alle Arbeitsverhältnisse möglich werden.
Steuerfreiheit für Mehrarbeitszuschläge oberhalb Vollzeit sowie für „Prämien“ des Arbeitgebers bei Erhöhung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten	**Bewertung:** Das Ziel ist richtig, aber Anreize für Arbeit müssen klar und einfach aufgesetzt werden. Komplizierte, kleinteilige Systeme produzieren Bürokratie, sind missbrauchsanfällig und setzen zweifelhafte Anreize.
Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung u. a. bei KI	**Bewertung:** Die betriebliche Mitbestimmung bei „technischen Einrichtungen“ muss auf ihren Kern zurückgeführt werden. Digitalisierung im Betrieb muss schnell, effizient und pragmatisch möglich sein.
Sicherung des Rentenniveaus, Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren bleibt, Ausweitung Mütterrente	**Bewertung:** Strukturreformen werden weiter aufgeschoben, sodass die Beitragssätze steigen werden. Das ist Gift für die Wettbewerbsfähigkeit.
Zuverdienst neben der Rente bleibt bis 2000 Euro/Monat steuerfrei (Aktivrente)	**Bewertung:** Ein klares Bekenntnis für eine höhere Lebensarbeitszeit wäre besser als inkonsistente Instrumente (Rente mit 63/Anreizsystem)
Stärkung der bAV, Reform der privaten Altersvorsorge	**Bewertung:** Das Ziel ist richtig, hier bleiben die konkreten Vorschläge abzuwarten.
Digitale Agentur für Fachkräfteeinwanderung als zentrale Stelle, beschleunigte Anerkennung von Berufsqualifikationen	**Bewertung:** Prozessmodernisierung ist der richtige Weg. Bei der Fachkräfteeinwanderung fehlt jedoch die Öffnung für die Zeitarbeit.
Große Pflegereform soll auf den Weg gebracht werden.	**Bewertung:** Es darf keine Ausweitung der Leistungen geben, da dies zwangsläufig die SV-Beiträge weiter steigern würde.

Sondervermögen

Der BGA hat sich medial zum Sondervermögen geäußert. "Ich bin mir nicht sicher, ob den Sondierungsparteien der Ernst der wirtschaftlichen Lage wirklich bewusst ist. Der deutsche Mittelstand deindustrialisiert sich gerade im Rekordtempo. Alle 20 Minuten geht ein Unternehmen in Deutschland insolvent. Milliardeninvestitionen alleine reichen nicht aus. Wir brauchen dringend tiefgreifende strukturelle Reformen. Die Probleme mit massiven Geldmitteln zu übertünchen, reicht nicht aus. Wenn wir die grundlegenden Probleme unseres Standortes nicht lösen, ist die geplante Neuverschuldung Zeit- und Geldverschwendung. Der deutsche Mittelstand braucht dringend Rahmenbedingungen, die Wirtschaftswachstum zulassen und uns nicht zunehmend die Luft abschnüren", fordert Dr. Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), von CDU und SPD, die sich derzeit in Sondierungsgesprächen befinden.

„Die Maßnahmen liegen auf dem Tisch: Sofortiger und nachhaltiger Abbau von Bürokratie, Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung für öffentliche und private Investitionsvorhaben, Absenkung der Unternehmensteuer auf europäischen Durchschnitt und ein Digitalisierungsschub, auch durch Reduzierung der Datenschutzauflagen“, so der Großhandelspräsident.

Und Jandura weiter: „Es ist Zeit, die alten ideologischen Grabenkämpfe sein zu lassen. Zuerst das Land, dann die Partei. Wir brauchen pragmatisches Handeln. Die Situation im Mittelstand ist so dramatisch, wie wir sie in der Nachkriegszeit noch nicht erlebt haben. Wenn wirklich Mittel in der vorgeschlagenen Höhe zur Verfügung stehen sollten, dann müssen diese gezielt eingesetzt werden, um Wachstum zu schaffen. Nicht, um Subventionen nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, die nur wenigen helfen, wenn überhaupt.“